NABU: Politik für die Kohle-Lobby statt für den Klimaschutz

NABU: Politik für die Kohle-Lobby statt für den Klimaschutz

Miller: Entscheidungen zum Kraftwerkspark auf Kosten der Umwelt und der Steuerzahler
Beim nächtlichen Koalitionsgipfel hat sich eine breite Kohle-Lobby aus Gewerkschaften, Industrie, Braunkohle-Ländern, Union und Teilen der SPD gegen Bundeswirtschaftsminister Gabriel durchgesetzt und den Klimaschutzbeitrag endgültig gekippt.
"Die Idee eines Klimaschutzbeitrages für die ältesten und schmutzigsten Kraftwerke war ein kluges Instrument zum schrittweisen Ausstieg aus der Braunkohle. Nach dem Verursacherprinzip sollten Kraftwerksbetreiber eine Abgabe für Kraftwerke leisten, die ein vorgegebenes Budget für klimaschädliche Emissionen überschritten hätten.
Enttäuschend ist vor allem die fehlende Rückendeckung der Bundeskanzlerin, die nur kurz als Klimakanzlerin geglänzt hat. Nun wird es für Deutschland nicht möglich sein, die Klimaziele bis 2020 zu erreichen", sagte NABU-Bundesgeschäftsführer Leif Miller. Unternehmen und Gewerkschaften hätten sich mit unseriöser Panikmache vor Jobverlusten durchgesetzt. Zuletzt habe neben vielen anderen wissenschaftlichen Gremien auch der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) zu Gabriels Klimaschutzabgabe geraten. Das Ignorieren wissenschaftlicher Ratschläge bei wichtigen Entscheidungen durch die Politik über den deutschen Kraftwerkspark sei ein fatales Signal an die Wähler.
Der unausgegorene Vorschlag des Kohlelands Nordrhein-Westfalen und der Bergbaugewerkschaft IG BCE konnte sich durchsetzen, obwohl er die Kraftwerksbetreiber nicht in die Verantwortung für einen geordneten Strukturwandel in den betroffenen Regionen nimmt. "Jetzt bekommen Braunkohlekraftwerksbetreiber auf Kosten der Allgemeinheit die ohnehin stattfindende Drosselung des Kohlestroms noch vergoldet", so Miller weiter. Der nun vorgesehene Instrumentenmix aus der Verschiebung von Kraftwerksblöcken in einem Umfang von 2,7 GW in eine Reserve in Kombination mit einer höheren staatlichen Förderung der Kraft-Wärme-Koppelung (KWK) und anderen Maßnahmen zur Einsparung der vom Bundeskabinett beschlossenen 22 Millionen Tonnen Kohlendioxid (CO2) bis zum Jahr 2020 führe nicht zum Ziel. So würden lediglich ca. 15 Millionen Tonnen CO2 im Stromsektor in Deutschland eingespart werden. Europaweit betrachtet könnten die Maßnahmen zu einem Nullsummenspiel für das Klima werden, wenn anderswo mehr Kohle verbrannt wird. Dafür habe die IG BCE keine Lösung gefunden, denn sie wolle keine Verlinkung zum Emissionshandel, in dessen Rahmen der Schadstoffausstoß aus Kraftwerken europaweit reguliert werden könnte.
Die einzigen Lichtblicke gäbe es beim Ausbau der Stromnetze, auch wenn es aus NABU-Sicht falsch sei, bayerische Partikularinteressen einem verbindlich festgelegten Konsens wie dem Bundesbedarfsplangesetz für Stromnetze den Vorzug zu geben. Um dem bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer entgegenzukommen, sollen bei den großen neuen Nord-Süd-Stromautobahnen stärker bestehende Trassen genutzt und Erdkabel vorrangig verlegt werden.
"Es ist in jedem Fall notwendig, die Erdverkabelung als Alternative zu raumgreifenden Freileitungen zu prüfen, da sie an vielen Stellen die Betroffenheit von Mensch und Natur verringern können. Durch Erdkabel werden etwa Vogelkollisionen mit Leitungen verhindert und unsere Landschaften geschont. Erdkabel können jedoch auch ökologische Nachteile mit sich bringen wie Baueingriffe und Lebensraumbeeinträchtigungen bei Wald- und Moorgebietsquerungen," sagte NABU-Energieexpertin Tina Mieritz. Daher sei eine standortabhängige Abwägung der verschiedenen Schutzgüter und eine nachvollziehbare Planung wichtiger als die Vorab-Entscheidung zu Freileitungen oder Erdkabeln. Aspekte wie Wohnumfeldschutz und Naturschutz müssten immer als Grundlage für die Entscheidung über die zu verwendende Technologie herangezogen werden.
  www.nabu.de/energie
Für Rückfragen:
Tina Mieritz, NABU-Energieexpertin, Mobil +49 (0)173.35 22 872, E-Mail: tina.mieritz@NABU.de

NABU-Pressestelle
Kathrin Klinkusch
Iris Barthel
Britta Hennigs
Nicole Flöper
Tel. +49 (0)30.28 49 84-1510, -1952, -1722, -1958
Fax: +49 (0)30.28 49 84-2000
E-Mail: presse@NABU.de
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=594298" width="1" height="1">

Pressekontakt

Naturschutzbund Deutschland e.V NABU

10117 Berlin

presse@NABU.de

Firmenkontakt

Naturschutzbund Deutschland e.V NABU

10117 Berlin

presse@NABU.de

Der Naturschutzbund Deutschland e.V. - NABU - möchte Menschen dafür begeistern, sich durch gemeinschaftliches Handeln für die Natur einzusetzen. Wir wollen, dass auch kommende Generationen eine Erde vorfinden, die lebenswert ist, die über eine große Vielfalt an Lebensräumen und Arten, sowie über gute Luft, sauberes Wasser, gesunde Böden und ein Höchstmaß an endlichen Ressourcen verfügt.Mehr als 390.000 NABU-Mitglieder setzen sich für die Natur ein - als aktive Umweltschützer oder engagierte Förderer. Sie sind in rund 1.500 lokalen Kreisverbänden und Ortsgruppen in ganz Deutschland organisiert und vornehmlich ehrenamtlich tätig.